

Bezugspreis: für Berlin und umliegende Bezirke monatlich 1.00, vierteljährlich 2.80, halbjährlich 5.50, jährlich 10.00. Ferner 20% für Porto. Druck bei Carl Ernstmann & Co. in Halle a. S.	Morgen-Ausgabe Freitag, 15. Juli	Anzeigenpreis: Die Sp. 34 mm breit mm-Spaltbreite 0.4. Die Sp. 90 mm breit mm-Spaltbreite 0.00 A. Zehn nach Carl Ernstmann & Co. in Halle a. S.
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Der Landtag und die Sanktionen

Kommunalabgabengesetz angenommen

W. Berlin, 14. Juli.
Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Novelle zum Kommunalabgabengesetz. Die Bestimmungen über die Beitragspflicht der Arbeiter zum Kleinwohnungsbau werden gegenüber der zweiten Lesung dahin geändert, daß diejenige Arbeitgeber beitragspflicht bleiben sollen, die insbesondere nach dem 1. Januar 1918 in angesehener Weise für Arbeiterwohnungen gesorgt haben. Zur Wohnungs-Luxussteuer wird durch Annahme eines Zentrumsantrages der Beschäftigte der zweiten Lesung in der Weise geändert, daß die Befreiung der Steuer auf den Mietzins nur für das erste steuerpflichtige Zimmer gelten soll, während die weiteren steuerpflichtigen Räume höher besteuert werden können. Der weitgehende sozialdemokratische Antrag, die Befreiung der Steuer überhaupst zu streichen, wird abgelehnt. Der Rest der Vorlage wird nach den Beschlüssen in zweiter Lesung angenommen.

Polen nicht befragen, denn sie selbst lehnen ja die Pressefreiheit ab. Der jetzigen Steuerpolitik stehen wir mit den größten Bedenken gegenüber.
Hg. Bismarck (D. Wk.). Wir unterstützen das Kabinett Steyerwald solange es sich in den vom Präsidenten vorgezeichneten Richtlinien bewegt. Künftig muß der Haushaltsplan rechtzeitig vorgelegt werden. Bei der Reichssteuererhebung müssen die Interessen Preußens nachdrücklich gewahrt werden. Wir haben unsere Bedenken gegen das Wirtschaftsprogramm. Wir wollen die Wirtschaftskraft der Nation erhalten. Der preussische Landtag hat die Pflicht gegen die reichsweiten Interessen zu protestieren. Wir danken der rheinischen Bevölkerung für ihre Treue und wir wollen auch ihr Treue halten. Im Geiste unserer Auffassung wollen wir mitarbeiten am demokratischen Aufbau in unserer alten liberalen Heimat (sch. Zurufe). Die alten Liberalen werden sich im Grunde um!.

Der Kampf in Moskau

Aus Riga wird geschrieben:
Der laute Klämsch des großen Eröffnungstrummels des Kongresses ist vorbei. Sein faszinierendes Einfließen auf die auf Brot wie auf Abwechslung ausgehungerte Menge hat sich gelegt. Theater, Konzerte spielen zwar lustig weiter, aber nur, gleich früheren Gesellschaften befristetenbesuchen, für die verantwortlichen kommunikativen Staatslenker und ihre aus 43 Ländern zusammengeführten Gäste. Für die Menge aber überbannen noch Girlanden die Straßen, versuchen überlebenstrotzige Statuen und Plakate mit riesengroßen Buchstaben die Weißseiten von Karl Marx und seines Gesetzesausleger in neuen und neuesten Schlagworten einzuklämmern. Doch schon schiebt sich die Menge vorüber. Der Hunger, die Sorge um das Dierleibfund käuflichen Brots und die andere nackte und nackte Notwendigkeit des täglichen Lebens haben längst wieder die Luft am Schauen und Mitreden erdrückt. Mißtrauen, drohend wie nie zuvor, ist das Besenstiel des Hungers wieder aufgestanden. Und das nicht allein in den Städten. Das Kolgogare, die Kornkammer Rußlands, steht still vor einer Hungersnot.

Der Amtsvorgänger des Ministers Domitius habe gelogen, als er das bestritt. (Präsident Seinerzeit auf den Redner zur Ordnung.) Die Ordele erhalte ihre Ortgruppe unter allen möglichen Bedenken aufrecht. Der Redner protestiert dann gegen die Beschlagnahme der „Roten Fahne“.

Hg. Weilmann (Sag.). Wie steht es mit den 15 Millionen, die der Finanzminister an den Prinzen Friedrich Leopold zur Bedienung seiner Schulden gezahlt hat? Sind dazu Staatsgelder ohne Zustimmung des Reichstages verwendet worden? Solange über das Eigentum dieses Prinzen noch nicht entschieden ist, ist es mindelstens sehr unbedeutend, aus Erträgen seiner Güter so große Beträge nach der Schweiz zu schicken. Wie steht es eigentlich mit der Hohenlohe-Entscheidung? Wir verlangen, daß auf diesem Gebiete nichts geschieht, bevor das Parlament getätigt worden ist. Die Steuererhebung des deutschen Volkes ist so groß, daß es unmöglich ist, das in den nächsten Jahren die Reparationen aus Steuererträgen geleistet werden können. Deutschlands Wirtschaft braucht eine mehrjährige Atempause zum Aufbau. Ziele können es nur zu erreichen durch Erhaltung der Goldwerte. Die großen Geschäftskreise müssen zu diesem Zweck Restriktionen an das Reich geben. (Überbrumpfend.) Ein reichsrunder Minister könnte auch für Preußen einen Plan zur Erhaltung der Goldwerte ausarbeiten und an dem Plan des Reichsfinanzministeriums mitarbeiten. Zeitlich angeordnet eine neue preussische Finanzminister aber Ministerland gegen das Reich. Die Lebensgewinne der Landwirte müssen erhöht werden, zumal die Stimme Preußens im Reichstag ist von Bayern und Sachsen beantragte Beschneidung des Getreibeertrages verurteilt hat. Er erhält den Reaktionsantrag, in Dingen anerkennen und schließt damit das Reich. Die 8000 Freireisende, die nicht arbeiten wollen, sind eine Gefahr für das Reich. Wir verlangen vom Außenminister, daß er die Reaktionsordnung zur Auflösung der Ordele lokal durchführt. Wir denken nicht daran, Oesterreichern preuzigen Reich es selbst beschuldigen zu sprechen, kann muß es von Polzei und Reichswehr gegen politische Verbrechen bereitwillig werden. Aber die Aufgabe des Reichshauptes ist erledigt. Die Internierungslager müssen aufgehoben werden. Mit seiner Weanienpolitik hat der Außenminister die Demokratie der Welt in die Verwirrung verwickelt. Er ist ein sozialdemokratischer Sonderling durch Reichsöffentlichkeit. — Redner macht dann dem Ministerpräsidenten den Vorwurf, daß er das Versprechen einer Umbildung der Regierung unter Auszeichnung der Sozialdemokratie nicht einhalten wollte. Nach Ablehnung des Ultimatums durch die Deutsche Volkspartei könne diese Partei nicht es von Polzei und Reichswehr gegen politische Verbrechen bereitwillig werden. Aber die Aufgabe des Reichshauptes ist erledigt. Die Internierungslager müssen aufgehoben werden. Mit seiner Weanienpolitik hat der Außenminister die Demokratie der Welt in die Verwirrung verwickelt. Er ist ein sozialdemokratischer Sonderling durch Reichsöffentlichkeit.

Eine nervöse Stimmung liegt über Moskau. Neben Rot und Glend drückt der stille, aber zähe Kampf der kommunikativen Gewaltüberhand die Macht merdbar der Stadt ihren Stempel auf. Es sind nicht die offiziellen Medien bei den Verhandlungen des Kongresses. Stark getrübt, oft in den einzelnen Zeitungen sich widerlegend, werden sie erst spät gebracht. Aber doch wider manches durch den Plänen und Willkür der sich beschönernden Parteien durch, wird hundertköpfig übertrieben. In der wilden Verwirrung durch die Stadt, und der ausgearbeiteten am Leib und Seele geschwächte Moskowiter weiß schließlich selbst nicht, wie er den nächsten Tag entgegengehen soll.

W. Bäder (Dem.) beschwört zunächst die Interpellation seiner Freunde, in der die Befreiung der über Duisburg und Düsseldorf verbotlichen Sanktionen und der rheinischen Kolongene verlangt wird. Es handelt sich bei diesen sogenannten Sanktionen um eine freidenkliche Gewalt, die nicht gebildet werden könne. Wenn Reich erklärt, er werde eine nach dem Schicksal Wirk kommende allerbühnige Regierung noch schneller befehlen, so sei das ganz unangenehm, wenn schneller als die deutsche Reichswehr könnte sein ein bestesfalls Ausschleichen von Frankreich nicht bekannt werden. Die feindselige Bestimmung einer deutschen revolutionären Politik ist Angelegenheit der deutschen Wehrkraft ist ungenügend. Aber die gewalttätigen Sanktionen könnten allerdings eine revolutionäre Politik erzwingen. Wenn die Regierung mit einem Notstand kommen möchte, so sei der Grund noch darin zu suchen, daß die frühere preussische Regierung verlangt hat. Der Redner polemisiert in diesem Zusammenhang gegen Genard König und sagt, Ministerpräsident Steyerwald ist nicht unser Mann, aber wir treffen uns mit ihm in seiner nationalen Weltanschauung. Ein Vortrag seines Kabinetts ist weiter, daß es sich um die Schicksale der Wehrkraft handeln. Die Wehrkraft der preussischen Regierung darf nur abhängen von der preussischen Staatsnotwendigkeit. Die Notwendigkeit einer Homogenität mit der Reichsregierung können wir nicht anerkennen, solange wir nicht wissen, ob die Regierung überhaupt auf Lage nach Aufnahme der parlamentarischen Tätigkeit nach Hause wird. Die Kommunisten dürfen sich über die Beschlagnahme der „Roten

Die Polen kündigen den 4. Aufstand an
b. Dvopla, 14. Juli.
Aus den Landorten fast des gesamten oberösterreichischen Abstammungsbereiches laufen Nachrichten ein über Ausschreitungen polnischer Insurgenten gegenüber der polnischen Regierung. Von den polnischen Organisationen wird bekannt gegeben, daß der vierte Aufstand schon am 17. Juli beginnen werde. Die von Sorjanitz eingeleiteten Behörden sind als Abwärtungsbehörden im Lande erschienen und werden von der P. N. A. anerkannt. Sie erklären öffentlich, daß sie bei Weibeln, um dem vierten Aufstand, der vor der Tür lände, die Wege zu bereiten.

Um die Grenzen überschreitens
b. Paris, 14. Juli.
Wie dem „Matin“ aus London berichtet wird, soll das Polen-Office getrieben den ostlichen Vorkämpfer in Paris. Lord Sardinia, angewiesen haben, der französischen Regierung mitzuteilen, daß die englische Regierung entgegen den Vorschlag, eine Sachverständigen-Kommission nach Oberösterreich zur Befreiung der deutsch-polnischen Grenzlinie zu entsenden, eintritt. Das Matin hat hinzu, man nehme in London an, daß die Sachverständigen sofort nach Oberösterreich abreisen werden, und daß es möglich sein werde, bereits für die Konferenz von Boulogne (am Ende des Monats) einen Bericht zu liefern.

Schiffer gegen Briand

Der Einbruch der Rede Schiffers in Paris.
b. Paris, 14. Juli.
Die Rede des Reichsjustizministers, die im allgemeinen als eine große Rundgebung der Reichsregierung und nicht als ein persönliches Akt des Ministers aufgefaßt wird, hat in tiefsten politischen Kreisen scharfe Verurteilung erndet. Schon die Tatsache, daß der Minister die gesamten ausländischen Pressevertreter durch besondere Majorisierbefehle einlad, um dann Auseinandersetzungen zu machen, die zum mindesten das Ohr der ausländischen Journalisten nicht fremdbildend berühren konnten, bestrebt. Man sieht daraus den Schluß, daß es auf eine Demonstration des französischen Reichspräsidenten abgesehen war und weist bei der Beurteilung weiter darauf hin, daß seit der Rede des deutschen Reichsministers in Breslau eine erhebliche Umwendung im Geiste des Kabinetts eingetreten sei. Die Rede des Justizministers Schiffer bekräftigt den Einbruch, daß das Kabinett mehr und mehr den Nationalismus der Reichsparteien verfolge und in seiner Politik von seiner ursprünglichen Linie abgetrieben werde. Da man diese Entwidlung im Auslande beobachtet habe, so ist man nur um so leichter geneigt, sich durch die Reden in der Rede des Justizministers von einer Entwidlung in dieser Richtung überzeugen zu lassen. Man versteht um so weniger die Reden des Ministers, als Ähnliche Angriffe gegen die deutsche Reichsregierung, wie sie der Präsident Briand erhoben hatte, so schon mit gleicher, wenn nicht noch größerer Schärfe von vielen Parteien des Reichstages im Plenum erhoben worden sind. Da der Reichsjustizminister, wie er selbst zugesteh, keinerlei Einfluß auf die Richter hatte, so hätte er besser getan, auf dieser Ebene, für die er nicht verantwortlich war, zu schweigen.

Die Polen kündigen den 4. Aufstand an

Die deutsche Abstimmungskommission in Oberösterreich.
Dr. Urbaneck zurückgetreten
Der deutsche Abstimmungskommissionar in Oberösterreich, Dr. Urbaneck, ist von seinem Posten zurückgetreten, da seine Tätigkeit im wesentlichen beendet ist. Die Führung der Geschäfte der Deutsch-Oberösterreichern übernimmt nunmehr der bisherige Vorsitzende des österreichischen Ausschusses, Landrat Aufschieber. Damit ist eine verbindliche Vereinbarung der deutsch-oberösterreichischen Verhandlung erreicht und man kann von Herrn Dr. Aufschieber, der selber der Zentrumspartei angehört, aber verstanden hat, sich bei allen deutschen Parteien Sympathie und Vertrauen zu erwerben, eine geordnete Vertretung der deutschen Interessen in Oberösterreich erwarten.

Die Polen kündigen den 4. Aufstand an

Die Polen kündigen den 4. Aufstand an
b. Dvopla, 14. Juli.
Aus den Landorten fast des gesamten oberösterreichischen Abstammungsbereiches laufen Nachrichten ein über Ausschreitungen polnischer Insurgenten gegenüber der polnischen Regierung. Von den polnischen Organisationen wird bekannt gegeben, daß der vierte Aufstand schon am 17. Juli beginnen werde. Die von Sorjanitz eingeleiteten Behörden sind als Abwärtungsbehörden im Lande erschienen und werden von der P. N. A. anerkannt. Sie erklären öffentlich, daß sie bei Weibeln, um dem vierten Aufstand, der vor der Tür lände, die Wege zu bereiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107151-12/fragment/page=0001



Volkswirtschaft

Wienener Geschäftsbild Friedrich Schmitt u. Söhne N.O. in ...

Wirtschaftliche Metallwerte und Maschinenfabrik. Die Verwalt...

Berliner Börsenberichte

Geld- und Wechselmarkt. Tägliches Geld blieb zu 4 1/4 Proz...

Börsenstimmungsbericht. Die Beförderung unserer Valuta im...

Eingangs-Nachricht. Heftigste Metallnotizen und Getreide...

Berliner Produktenmarktpreise

Table with columns for product names (e.g., Speiseerbsen, Futtererbsen) and prices for different dates (14. Juli, 13. Juli).

Im Produktenmarkt wurde sich geltend machen wegen der durch...

wie Suppen, Gerichte und Cellulose machte sich Geschäftstätigkeit...

Devisen-Notierungen

Table showing exchange rates for various locations like Amsterdam, London, New York, etc.

Berliner Metallnotierungen

Table listing prices for various metals and alloys such as Refined Copper, Brass, etc.

Leipziger Notierungen

Table listing prices for various goods and services in Leipzig, including chemicals and paper.

Quotationsliste der ...

Berliner Börse vom 14. Juli 1921.

Main market data table with multiple columns for different market sections: Festverzinsliche Wertpapiere, Kolonialwerte, Ausl. Eisen-Aktien, Deutsche Eisen-Akt., Klein-u. Straßenb., Schiffahrts-Aktien, Pfandbriefe, Ausl. festverzinsliche Wertpapiere, and various bank and insurance shares.

